

CLAUDIA DERRER, DRUCKTECHNOLOGIN UND TEILNEHMERIN DER BERUFS-WM

Zuvorderst an der Druckmaschine

Von **Olivia Kühni**

Am Abend, vor dem Einschlafen, malt sich Claudia Derrer aus, wie sie an der Druckmaschine in Japan einen Knopf nicht sofort findet, wie die Farbe ausgeht oder das Papier. Stellt sich vor, wie sie am Flughafen Zürich empfangen wird, falls sie eine Medaille holt, und wie es sein würde, wenn sie versagt. Den Rat, sich zur Vorbereitung auf die Berufsweltmeisterschaft alles vorher vorzustellen, hat ihr Tanja Frieden gegeben, die Snowboard-Olympiasiegerin. Frieden war am letzten Teamwochenende in Morges zu Besuch gewesen. Vierzig junge Berufsleute, jeder Meister eines anderen Fachs, haben sich dort vorbereitet auf die Weltmeisterschaft in Japan. Heute stellen sie sich in Bern der Öffentlichkeit vor. Ihre Delegation,



sagt Derrer, nehme die Sache sehr ernst, denn die Schweiz sei immer gut gewesen an der Berufs-WM. «Es gibt kaum einen, der nicht einen Medaillengewinner als Vorgänger hat.»

Derrer ist Drucktechnologin. Sie mache Visitenkarten und Zeitungen, sagt sie, wenn wieder jemand nicht weiss, was das ist. «Ohne den Drucker», sagt sie, und die Augen funkeln, «gäbe es keine Zeitung.» Die Augen sind sehr hell und klar, sorgfältig geschminkt.

Sie sei faul gewesen in der Schule, erzählt Derrer. Seit der Mittelstufe, weil das einfach ein so langweiliger Betrieb gewesen sei, «Larifari», sagt sie. Sie wollte einen Beruf lernen, in dem man richtig arbeitet, bei dem man ein Ergebnis sieht, auf keinen Fall nur vor dem Bildschirm sitzen. Damenschneiderin wäre auch etwas gewesen, sagt sie, aber da sei es schwierig, eine Stelle zu finden. Drucktechnologin, das gefällt ihr. «Man muss hart arbeiten, und auch unter grossem Stress gute Leis-

tung bringen.» Ausserdem müsse man exakt sein, «und sparsam». Wieder die klaren Augen, blitzend, und ein Lächeln.

Eine sehr initiativ junge Dame sei Claudia Derrer, sagt Jacqueline Mader, Betreuerin des Schweizer Teams für die WM. Sie habe die Fähigkeit, die Menschen mitzuziehen. «Sie ist eine Führungsnatur», so Mader.

Für ihre Teilnahme in Japan musste Derrer sich beim Berufsverband bewerben. Sie sei überrascht gewesen, als sie bei den Ausschreibungen in den Raum gekommen sei. «Die anderen sassen da, eine im Schneidersitz, ein anderer den Kopf aufgestützt», sagt sie. «Die meisten hatten überhaupt keine Ziele.» Derrer hat letzten August, direkt nach der Lehre, an der Hochschule für Technik und Management der Grafischen Industrie eine Weiterbildung angefangen, berufsbeleitend. In zwei Jahren will sie irgendwo die Betriebsleitung übernehmen und irgendwann eine eigene Firma gründen.

Für das Privatleben hat Derrer kaum Zeit im Moment. Ihr Freund, sagt sie, wisse wahrschein-

lich gar nicht so genau, was sie in ihrem Beruf mache. Dass sie die Maschinen auch selber putzen und warten müsse. Es staunen immer alle, fügt sie an, dass ihre Fingernägel lang und sauber seien. «Dabei mache ich überhaupt nichts damit, und wenn mal einer abbricht, nun, dann bricht er eben ab.» Sie finde halt, bloss weil Drucktechnologie ein Männerberuf sei, müsse man noch lange nicht maskulin auftreten. «Ich ziehe mich gerne schön an.» Aber eben, «ständig über Schminke und Kleider reden, das interessiert mich nicht.» Es sei eben normal gewesen, bei ihr zu Hause, dass die Schwester und sie alles selber machten. Sogar das erste Töffli habe sie gemeinsam mit dem Vater in Ordnung gebracht. «Im Garten einen Baum umsägen, das finde ich einfach super.»

Am 7. November fliegen die Schweizer ab nach Japan, am 15. November beginnt die Meisterschaft. Das Ziel der jungen Druckerin ist klar. Schon im Bewerbungsschreiben an den Berufsverband hatte sie geschrieben, ihr Vorgänger Durrer habe Bronze geholt, und das sei gut – aber Derrer komme im Alphabet vor Durrer.

JAPAN UND DIE LDP

Ein Relikt des Kalten Krieges

Von **Christoph Neidhart, Tokio**

Die LDP ist eine Partei des Kalten Krieges: 1955 aus der Fusion zweier Oppositionsparteien unter gütiger Mithilfe der CIA als Bollwerk gegen die damals populären japanischen Sozialdemokraten entstanden und über viele Jahre von Washington heimlich finanziell unterstützt, ist sie weder liberal noch demokratisch und auch keine normale Partei. Strukturell ist sie den einstigen Monopolparteien kommunistischer Staaten verwandt. Über Jahrzehnte hat sie die Macht und die Staatskasse kontrolliert. Anders als die KPs im sowjetischen Stil hat sie sich nicht mit Repression an der Macht gehalten, sondern mit Subventionen.

2001 war diese Partei am Ende. Japans Wirtschaft steckte in einer tiefen, scheinbar endlosen Krise. Die Popularität ihres Premiers Yoshino Mori lag bei einem Prozent. Alarmiert kürten die Parteioberen einen bunten Vogel zum Parteichef – und damit zum Premier: Junichiro Koizumi, ein Showtalent, der ganz anders aussah als seine Vorgänger, für die Kameras Elvis-Songs trällerte und bald auch einen Blog schrieb. Der Trick funktionierte, Koizumi gewann Wahlen. Und immerhin hat er die Banken saniert. Schon dafür hielt das Ausland ihn für einen Reformier.

So ähnlich war es 1986 in der Sowjetunion. Die Wirtschaft stagnierte, mit Greisen wie Breschnew, Andropow und Tschernenko ging es nicht mehr. Michail Gorbatschow war der bunte Vogel, den die KPdSU damals aus dem Hut zauberte.

Japan mit der Sowjetunion zu vergleichen, ist unfair. Das Land ist offen, reich und in die Weltwirtschaft integriert; jeder kann seine Meinung sagen, der Alltag funktioniert fast zu perfekt. Und Koizumi hat seine Partei nicht in den Kollaps getrieben wie Gorbatschow, sondern gerettet. Vorläufig. Gleichwohl reichen die Parallelen weit über die beiden Nonkonformisten hinaus.

Japans LDP ist, wie einst die KPdSU oder die SED, ein Instrument des Machtmonopols. Politische Überzeugungen spielen in dieser Partei innerhalb eines gewissen Spektrums kaum eine Rolle. Das war in den KPs durchaus ähnlich.

Lange musste, wer in Japan eine politische Karriere machen wollte, in die LDP eintreten. Auch viele Oppositionsführer sind ehemalige LDP-Kader. Indes krankt jede Monopolpartei am gleichen Problem: Sie ist nicht darauf angewiesen, die besten Nachwuchsleute zu rekrutieren, da diese ja nicht zu einer Konkurrenz gehen können. Lieber setzt sie auf Leute, die garantiert loyal sind. Doch wer auf die Dauer Loyalität Kompetenz vorzieht, züchtet Inkompetenz.

Die KPdSU war nicht reformfähig. In Japans LDP hat sich trotz steter Rede von einer innerparteilichen Demokratie sehr wenig geändert. Die neuen Leute sind die Herren von vorgestern.

Eine Partei, die nur vom Willen, die Macht zu erhalten und vom leichten Zugang zur Staatskasse, den diese Macht ermöglicht, getragen wird, dürfte den Verlust ihrer Macht nicht überleben.

Japan hat auf die Dauer nur eine Zukunft, die japanische Wirtschaft weiss das längst: in einer guten, engen Nachbarschaft mit China. Mit Yasuo Fukuda erhält Japan endlich einen Premier, der gewillt zu sein scheint, dieser Nachbarschaft einen politischen Rahmen zu schaffen. Allerdings dürften ihm, angesichts des Zustands seiner Partei, dazu die Zeit und die Ellbogenfreiheit fehlen.

DAS WAHLSYSTEM IN DER SCHWEIZ SCHAFFT UNGERECHTIGKEITEN

Drei Walliser sind ein Urner

Bei Nationalratswahlen sind nicht alle Schweizer gleich: Unterschiedliche Kantonsgrössen und Beteiligungen beeinträchtigen die Stimmgleichheit. Das Zürcher Wahlsystem würde mehr Gerechtigkeit schaffen.

Von **Daniel Bochsler und Pascal Sciarini***

FDP und CVP liefern sich derzeit einen Kampf um wenige Stimmen, die über den dritten Platz in der Hitparade der Wählergunst entscheiden. Dies ist reine Kosmetik. Letztlich werden nicht diese knappen Stimmendifferenzen über die Rangfolge im Nationalrat entscheiden, sondern durch das Wahlrecht verursachte Verzerrungen.

In den Wahlen 1999 lagen SP und SVP stimmenmässig gleichauf auf Platz eins (je 22,5 Prozent), und doch errang die SP sieben Sitze mehr als die SVP (51 versus 44). 2003 war die SP wiederum im Vorteil, doch dieses Mal hatte die SVP einen beträchtlichen Stimmenvorsprung, der für einen geringen Sitzvorsprung reichte. Auch am 21. Oktober dieses Jahres dürften solche Abweichungen, oft als Proporzglück oder -pech apostrophiert, wieder auftreten.

Besonders kontrastreich wird das Bild, wenn es auf Ebene einzelner Kantonalparteien und deren Mandatsträger betrachtet wird. Der Walliser Freisinnige Jean-René Germanier beispielsweise ist ein eigentümlicher Rekordträger im Nationalrat: Auf ihm lastet derzeit die Last des Vertrauens der grössten Zahl von Wählerinnen und Wählern. Sein Mandat beruht auf 16416 Parteistimmen (Anzahl Parteistimmen geteilt durch Anzahl Sitze im Kanton; nicht zu verwechseln mit dem persönlichen Wahlresultat), mehr als bei jedem anderen Ratsmitglied.

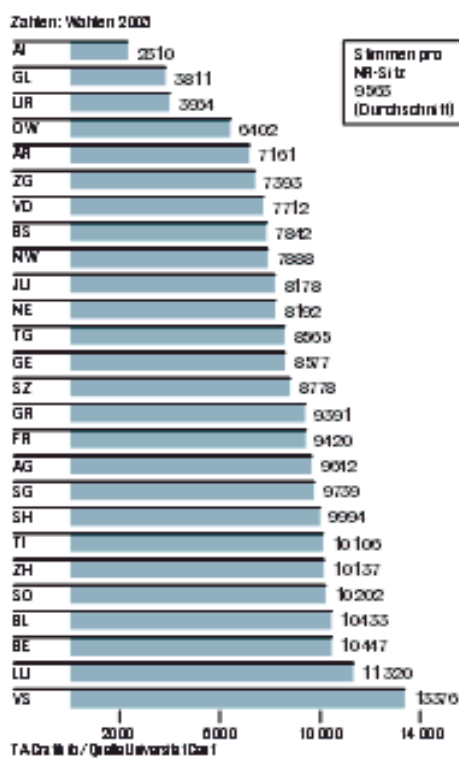
Das «günstigste» Mandat hält dagegen Arthur Loeffle (CVP, AI) mit gerade 2310 Stimmen. Es beruht auf einer Besonderheit: Als einziger Kanton ist Appenzel Innerrhodon nur dank der Sitzgarantie für kleine Kantone im Nationalrat vertreten. Doch auch Abgeordnete aus grösseren Kantonen wurden nur mit wenig besseren Stimmennzahlen gewählt: Die Zuger Alternative holte ihr Mandat für Josef Lang im Jahr 2003 mit nur gerade 4698 Stimmen; die beiden Waadtländer PdA-Mandate brauchten je nur 5205 Stimmen, während nebst Jean-René Germanier auch die Mandate von Hans-Rudolf Gysin (FDP, BL) und Jean-François Rime (SVP, FR) auf jeweils über 15 000 Stimmen beruhen.

Wenn Stimmabstänze belohnt wird

Drei Faktoren erklären die Unterschiede. Erstens variiert die Stimmbeteiligung zwischen den Kantonen. Die Sitzzahl pro Kanton wird im Vornherein allein auf Grund der Bevölkerungszahl festgelegt. Wenn in einem Kanton mehr Stimmberechtigte zur Urne gehen, die Sitzzahl aber stabil bleibt, wiegt jede einzelne Stimme eines Einzelnen weniger; also verlieren bei steigender Beteiligung die einzelnen Wählenden an Gewicht. So werden die Kantone mit höherer Wahlbeteiligung – Wallis (53,3 Prozent), Schaffhausen (63,2 Prozent) und Luzern (50,9 Prozent) – bestraft, Stimmabstänze wird belohnt.

Zweitens fällt die ungleiche Grösse der Wahlkreise ins Gewicht. Jeder Kanton erhält je nach

Kantonale Ungleichheiten durch Nationalratswahlrecht



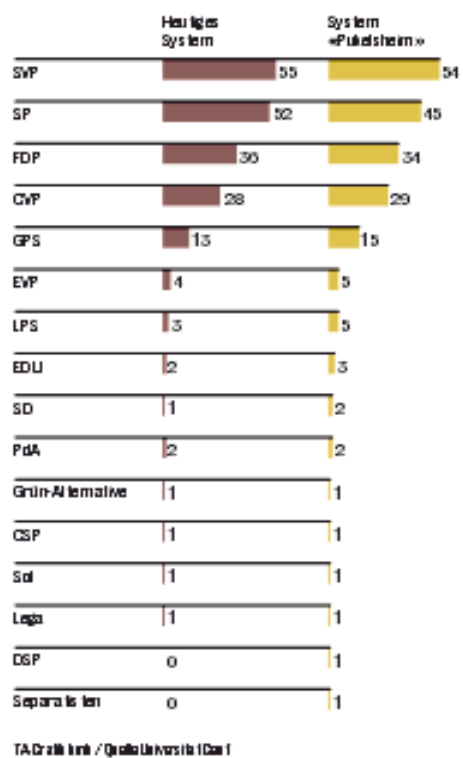
Bevölkerungsgrösse zwischen einem und 34 Sitzen. Bei der Umrechnung von Stimmen auf Sitze kann die Proportionalität nie perfekt sein, sodass die Sitzzahl pro Partei jeweils ab- oder aufgerundet werden muss, gerade bei wenig Sitzen umso mehr. Damit wachsen die Ungleichheiten zwischen Parteien und zwischen (kleinen) Kantonen: Der CVP-Sitz in Solothurn beispielsweise «kostete» in den Wahlen 2003 16170, der CVP-Sitz in Schwyz nur 9723 Stimmen, trotz praktischer identischer Wahlbeteiligung in beiden Kantonen.

Drittens tragen die Listenverbindungen zur Verzerrung bei. In einigen Fällen machen sie politisch durchaus Sinn. Beispielsweise erzielte die Zuger Alternative ihr Mandat trotz kleiner Parteienstimmennzahl durch die Verbindung mit der politisch nahe stehenden SP. Als Gegenbeispiel wird hingegen gerne der Sitz der Berner CVP (Norbert Hochreutener; 6641 Parteistimmen) angeführt, den die CVP nur dank einer eigentümlichen Listenverbindung mit autonomen Sozialisten retten konnte, wohl kaum im Sinne der sozialistischen Wählerschaft.

Zusammengefasst führen die drei Faktoren zu eindrucksvollen Unterschieden zwischen den Kantonen (siehe Grafik): Durchschnittlich kostete ein Nationalratssitz in den letzten Wahlen 9563 Stimmen, doch in manchen Kantonen lagen die Zahlen deutlich tiefer: 3811 Stimmen in Glarus, 3964 in Uri, während das Wallis mit 13376 Parteistimmen obenaus schwang. Ein Walliser Sitz erforderte also dreimal mehr Stimmen als einer in Uri oder Glarus; der Einfluss einer Wählerstimme hängt vom Wohnkanton und der gewählten Partei ab. Das demokratische Prinzip «eine Person – eine Stimme» wird verletzt.

Der Ständerat steht dem in nichts nach. Weil dort jeder Kanton, unabhängig von der Grösse, gleich viele Sitze erhält, ist der Einfluss einer Urner Stimme auf das 32fache einer Zürcher ange-

Sitzverteilung pro Partei in den Nationalratswahlen 2003



wachsen. Während für den Ständerat dieses Ungleichgewicht bei der Gründung des Bundesstaates vereinbart wurde, also politisch gewollt ist, widerspricht es im Fall des Nationalrats seiner Funktion. Die grosse Kammer sollte das Volk, nicht die Kantone, vertreten und allen Wählenden gleiches Gewicht geben.

Der «doppelte Pukelsheim»

Bis vor kurzem galt eine Wahlkreisreform als einzig mögliche Abhilfe. Die jüngsten Wahlen in Stadt und Kanton Zürich zeigten, dass es auch anders geht: Auf Druck des Bundesgerichts musste Zürich Ungleichheiten ausräumen, die durch kleine Wahlkreise entstehen. Das neue Wahlsystem bewerkstelligt dies unter Beibehaltung der bisherigen Wahlkreise. Die doppelt proportionale Wahlformel (vorgeschlagen von Prof. Pukelsheim) verteilt einerseits die Mandate auf Kantonsebene genau proportional (durch Rundungen entstehende Ungleichheiten werden so klein wie möglich gehalten), andererseits bricht sie die für den gesamten Kanton berechneten Mandate proportional auf die Wahlkreise runter.

Gerade in kleinen Wahlkreisen können Verzerrungen zwar nicht aus der Welt geschafft werden; sie werden jedoch auf kantonaler Ebene ausgeglichen, sodass die Stimme jedes Wählers am Ende praktisch gleich viel wiegt. Im Aargau und in Schaffhausen steht die Formel vor der Einführung, und auch den Nationalratswahlen würde sie gut anstehen, aber die heute übervorteilten grossen Parteien Sitze kosten (siehe Tabelle).

* Daniel Bochsler ist Forschungsassistent am Departement für Politikwissenschaft der Universität Genf. Pascal Sciarini ist Professor und Direktor des Departements für Politikwissenschaft der Universität Genf.